

### **Bezugsgebühr:**

**Merchandise** is **any**, **no**, **that**, **a** **bunch**  
**of** **things** **is** **not**.

Die "Siedler-Radikale" erheben gegen Bergius, die Bezieher von Ziegen und der nächsten Umgebung, die bei Saatzeit durch vierte Säten der Sommerfrucht erwischt, erneut den Blatt an. Wiederholen, so nicht auf Sonn- oder Mitternachtspunkt in jedem Schlechtesten Wetter und Bergius wortet.

Radikal oder Konserv. Originalwiederholungen nur von bestreitender Qualität ausserdem Dred. Stadt. zulassen. Radikalische Sondersatzungen die bleiben überprüfungsfrei unterscheiden Wahrnehmung welche nicht auszuweichen.

Telegramm-Büro:  
Weißensee Dresden

# Dresden Nachrichten

**Lobeck & Co.**  
Hoflieferanten Sr. Majestäts des Königs von Sachsen.  
**Chocoladen, Cacaos, Desserts.**  
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

**Graup - Geschäftshalle  
Marienstr. 38.**

Anzeigen-Carif.

Zunahme von Aufzählgängen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 voraus 11 bis 1½ Uhr. Die 1 qualifiz. Stundenge. ca. 8 Schritte 20 Min. zu Aufzählgängen auf den Verkehrsstraßen 25 Min.; die 2 qualifiz. Stufen die 30 Min. gewandt; aber am Tegernsee 50 Min. da Rummenen nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 2 qualifiz. Stundeneinheiten 20, 40 bzw. 60 und 80 Min. nach besondersem Tarif. Zusätzliche Entgelte nicht gegen Sonntagsabendstunden Belegblätter werben mit 10 Min. berechnet.

Bernpreisentscheidung:  
mit Nr. 11 und Nr. 2006.

**Empfiehle für Reise** reizende kleine  
\*\*\* neue Taschen-  
Cameras \*\*\*  
verbesserte Metallrahmen-Kinette etc.  
**Emil Wünsche Nachf., Moritzstr. 20**  
Bitte, Neuheiten-Liste zu verlangen.

# B. A. Müller

Königl. Sächs. Hoflieferant

## Grösstes und feinstes Spielwaren-Haus.

**Smyrna-Teppich-Fabrik**  
F. Louis Beilich, Meissen.  
**Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate.**  
Handarbeit. Prämiiert mit goldenen Medaillen.

## Sonnenschirme

**Jetzt bedeutend  
billiger**  
empfiehlt in grosser Auswahl

**C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17, Dresden 21. September 1903**

**Mr. 261. Spiegel:** Amerika und die rumänischen Juden. Erhaltung der Habsburger Stempelarbeiten. Vom Winter-  
fahrtplan, Hessenberger Feuerwehr. „Es lebe das Leben“. Wochenwochenbericht.

Sonntag, 21. September 1902.

**Sie amerikanische Rote in Sachen der Uncle Sam kennt, muß sich bei diesem Gallimathias noth- den eu-  
gebrungen in's Kästchen lachen. Die Vereinigten Staaten wollen lich vo-**

Die unternahm viele in Sorge der rumänischen Juden.

Die Note, die der Staatssekretär von der Vereinigten Schweiz in der Angelegenheit der rumänischen Juden an alle diejenigen Mächte gerichtet hat, die den Berliner Vertrag von 1878 unterzeichnet haben, ist ein Unikum in der politischen Geschichte der Gegenwart. Wenn man gleich von vornherein kurz und treffend bezeichnen will, welcher Art der Eindruck ist, den dieses Vorgehen der amerikanischen Diplomatie auf Europas übertünchte Höflichkeit macht, so läßt sich nur sagen, daß einem hier zu Londe förmlich der Verstand still zu stehen droht ob einer derartigen Dreistigkeit und Unverfrorenheit. Die Note bedeutet nämlich nicht mehr und nicht weniger als eine direkte unzweifelhafte Einmischung einer fremden Macht in eine ausschließlich innereuropäische Angelegenheit. Was ein solcher Uebergriß auf internationalem Rechtsgebiete bedeutet, zu welchen geradezu ungeheuerlichen Konsequenzen es führen würde, wenn die beteiligten europäischen Mächte nicht die nötige Energie finden sollten, um hier unerbittlich dem Prinzip: „Den Ansängen stelle Dich entgegen!“ zu folgen und von der Schwelle aus den amerikanischen Vergewaltigungsbuch zu rückzuweisen, das begreift sich, wenn man sich die grundlegende Bedeutung vor Augen hält, die der absoluten Rüchtelmischung in innere Dinge fremder Staaten als oberstes Leitbild des modernen Völkerrechts innewohnt. Der gesammte Inbegriff der unter den civilisierten Nationen modernen Geprägten vereinbarten Rechtsregeln, die unter dem Namen „Völkerrecht“ zusammengefaßt werden, hat gewissermaßen zur Folie die strengste Lehre: „Kein souveräner Staat darf dem anderen in solche Sachen hineintreden, die zu den rein innerpolitischen Angelegenheiten gehören.“ Diese Regel ist uns modernen Menschen so sehr ins Fleisch und Blut übergegangen, daß wir sie als einen kategorischen Imperativ empfinden, von dem es schlechtweg, wenigstens in dem Verhältniß souveräner Staaten untereinander keine Ausnahme und Befreiung giebt, der bedingungslos befolgt werden muß und bessern einmalige widerspruchslöse Uebertritung dem Beginne eines allgemeinen Chaos in der internationalen Politik gleich kommen würde. Bisher haben denn auch die Großmächte als solche jenes Prinzip so sorgfältig geachtet und hochgehalten, daß man wohl in aller Welt der festen Ueberzeugung gewesen ist, ein Rückfall in den früheren Zustand, wie er zu den Seiten der heiligen Allianz blühte, sei unmöglich. Da mit einem Male bekommen die Yankees einen unerwarteten Rappel und machen sich einer Abweichung von dem Grundsätze der inneren Rüchtelmischung schuldig, die in ihrem bahnbrechenden politischen Ueberbreitthum alle gewohnten diplomatischen Begriffe auf den Kopf stellt, sodaß im europäischen Solidaritätsinteresse eine ebenso schleunige, wie derbe Zurückweisung dieses ganz unqualifizirbaren Utes von Yankeeverhebung als eine Aufgabe erscheint, vor deren dringlichem Charakter zunächst alle anderen politischen Interessen zurücktreten.

müssen.

Der Berliner Vertrag, auf den sich die amerikanische Note beruft, ist das Ergebnis des im Jahre 1878 von dem Fürsten Bismarck in Berlin abgehaltenen Berliner Kongresses, der zusammen trat, um das im Frieden von San Stefano festgelegte Neultat des russisch-türkischen Krieges einer Nachprüfung zu unterziehen und es mit den Interessen Europas, besonders Englands und Österreichs, in Einklang zu bringen. Durch den Berliner Vertrag wurde u. A. Rumänien für souverän erklärt und diesem Land gleichzeitig die Verpflichtung aufgelegt, daß „wegen der Religion keine unterschiedliche Behandlung der Bevölkerung stattfinden dürfe“. Die Verhandlungen des Berliner Vertrages haben nur aber lediglich unter den Großmächten Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland und der Türkei stattgefunden und der Berliner Vertrag ist auch nur von den genannten Staaten unterzeichnet worden und hat nur für sie bindende und verpflichtende Kraft, giebt auch nur ihnen allein das Recht, über die Aufrechterhaltung der Vertragbestimmungen zu wachen und über etwaige Richterfüllung einzelner Abmachungen Weichweide zu führen. Es handelt sich bei dem Berliner Vertrag um eine rein europäische Angelegenheit, in welche die Amerikaner ihre lange Rose auch nicht mit dem kleinsten Theile hineinzustellen haben. Gerade bei der von der amerikanischen Regierung angekündigen Frage der Lage der rumänischen Juden tritt der ausschließlich innerpolitische Charakter der Angelegenheit besonders scharf in die Errscheinung, da hier nicht etwa Grenzfehlstellungen, über die Amerika sich beschwert fühlen könnte, sondern lediglich Bestimmungen der inneren Gesetzgebung und Verwaltung

Die amerikanischen Verantstalter dieses diplomatischen Dumbugs sind sich selbst der Schwäche ihrer rechtlichen Position nicht unbewußt geblieben. Die Note gibt nämlich den Mangel einer rechtlichen Legitimation der Vereinigten Staaten zu ihrem Vorgehen unumwunden zu und bemüht sich, das vorhandene Interesse Amerikas an der Sache durch einen schwüllstigen Bombast von allerlei Phrasen zu erweisen, die darauf hinzu-lassen, daß die Besserung der Lage der rumänischen Juden angeblich eine Forderung der „ewigen Gerechtigkeit“, der „allgemeinen

Uncle Sam kennt, muß sich bei diesem Gallimathias nothgedrungen in's Häufchen lachen. Die Vereinigten Staaten wollen einfach die rumänischen Juden, die in Wlossen dorfhin abwandern nicht haben. Die Gründe dieser Abneigung werden in der Note selbst angegeben. Es heißt da nämlich u. A., den Unionstaaten sei die Einwanderung aller derjenigen Fremden angenehm, die geeignet seien, sich mit dem amerikanischen Staatskörper zu verschmelzen. Dann folgen unter besonderer Bezugnahme auf die Juden einige Komplimente über deren „vortreffliche geistige und sittliche Eigenchaften als gute Mitbürger“ und im Anschluß hieran ergeht weiter die Feststellung, daß, wenn gerade die rumänischen Juden die förmliche und geistige Eignung zur amerikanischen Staatsangehörigkeit nicht besäßen, dies eben ihrer falschen Behandlung durch den rumänischen Staat im Wider sprüche mit dem Berliner Vertrage zuzuschreiben sei. Man erkennt hieraus ganz deutlich, wo Uncle Sam der Schuh drückt. Die rumänischen Juden bilden für ihn einen unerwünschten, lästigen Zuwachs der Bevölkerung und er möchte deshalb in seinem höchsteigenen, aber bei Leibe nicht im allgemeinen menschlichen Interesse, das ihm dabei ganz gleichgültig ist, den weiteren Zugang solcher Elemente nach den Vereinigten Staaten verhindern. Da ihm nun wahrscheinlich die Erreichung dieses Ziels auf dem Wege der bloßen Einwanderungskontrolle zu mühsam und unsicher ist, so sollen ihm die europäischen Großmächte in ihrer Eigenschaft als Unterzeichner des Berliner Vertrages dabei als Exekutoren zum amerikanischen Vortheil dienen und Uncle Sam gewissermaßen die Gerichtskosten ersparen, indem sie diese auf eigenes Konto übernehmen. Jetzt ausgedacht und mit echt amerikanischer Unverzerrtheit in die Praxis umgesetzt ist das ja. Hoffentlich begreifen aber die europäischen Mächte, England eingeschlossen, was dabei für sie auf dem Spiele steht und einigen sich rasch über ein ferniges „Die Hände weg!“ an die Adresse der amerikanischen Regierung.

Wie schlecht es den Vanlees ansteht, bei ihrem Vorgehen die scheinheilige Miene der Humanität aufzustocken, zeigt ein Vergleich mit dem Verhalten der Amerikaner gegenüber Russland, wo die Juden doch noch viel weniger auf Hören gebettet sind als in Rumänien. Wollte aber Tschernoff den amerikanischen Staatsleuten zumuthen, eine ähnliche Note nach Petersburg auf Anlaß der von russischer Seite beliebten Behandlung der Juden innerhalb der Grenzen des Patriarchates zu richten, so würde der selbe Herr Van, der jetzt die Note an die Berliner Vertretungsmächte verfaßt hat, ihn wahrscheinlich für einen Narren erklären und mit Recht. Rumänien aber — ja, Bauer, das ist ganz was Anderes! Da kommt eben der amerikanische politisch Eigennutz in Betracht, und da heißt es dann flugs: „Die ewige Gerechtigkeit verlangt, daß ihr minderwertigen Europäer und amerikanische Überweschen vor der lästigen Einwanderung rumänischer Juden eigenhändig behütet!“ Lebrigens haben die schlauen Vanlees mit ihrem Appell an die sogenannte „Humanität“ auf dem Kongreß in Washington, daß sie sich nicht auf die Seite der Russen schlagen werden.

Für die europäischen Regierungen gilt es jetzt, sich nicht durch

derartige weinleiche Lamentationen zu einer Verschiebung des klaren politischen Standpunktes drängen zu lassen, der eine zielbewußte und unzweideutige Zurückweisung der Washingtoner Note ohne jede Einschränkung und Abschwächung unbedingt erfordert, wenn ein „ohnmächtiges und flüchtiges Dämon“ vor der amerikanischen Arroganz vermieden werden soll. Den wohlverstandene europäische Interesse ist darin völlig solidarisch, daß das amerikanische Vorgehen seinesfalls sich in einem Präcedenzfalle auswählen darf, der schließlich von dem Größenwahn der Yankees zu einer allgemeinen Bedrohung Europas ausgenutzt werden könnte. In ihrer Breite mögen die Yankees die innereuropäischen Zustände, einschließlich der rumänischen und sonstigen Judenfrage, so viel kritisieren wie sie wollen und jeden rumänischen Juden, der ihnen nicht paßt, mit wendender Post zurückdrängen; das ist ihr gutes Recht. Mit diplomatischen Schritten aber, die derartige innereuropäische Angelegenheiten betreffen, mögen sie uns gefälligst ein für alle Mal in Ruhe lassen. Die Monroelehre reklamirt ja Amerika ausschließlich für die Amerikaner. Nun wohl! Es gibt auch eine kontinentale Monroelehre, die lautet: „Europa für die Europäer!“ Die europäischen Regierungen haben jetzt Gelegenheit, den Yankees zu zeigen, daß eine Regel so gut wie die andere ist, und daß das Recht Europas auf alleinige Ausübung seiner inneren Angelegenheiten genau denselben Anspruch auf fortgältige Beachtung besitzt wie das entsprechende amerikanische Recht. Als im Jahre 1890 italienische Arbeiterv in New-Orleans in Massen hingemordet wurden, hat daß mit Recht entrüstete Europa seine Note „im Namen der Menschlichkeit“ nach Washington gesandt, und die schrecklichen Regierungshandlungen lehren unsere diplomatischen Fledern auch nicht in Thätigkeit. Und jetzt wagen es die Amerikaner, uns Europäern wegen der Behandlung der rumänischen Juden amlich auf den Leib zu rütteln? Da hört doch wirklich die Gewölklichkeit auf. Die amerikanische Note ist ein richtiger „bluff“, wie die Yankees sagen, ein hochmütiger Triumph, den sie Europa gegenüber aufgespielt haben, und der von europäischer Seite eine Antwort erheischt, die den Herren in Washington die Überzeugung bringt, daß wir uns auf dem Kontinent nicht verblüffen lassen, sondern noch Männer sind, die Yankees in ihre Schranken zu weisen.

## **Neueste Drahtmeldungen vom 20. September.**

(Nachst eingehende Beveschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der Auszeichnung des Admirals v. Röster durch dessen Ernennung zum Chef der Marineverfleth vor Cuxhaven wird gemeldet, daß der Staatsrat nach Beendigung der Marineweisheit durch Signale bekannt geben ließ: „Habt v. Röster den Schwarzen Adlerorden verliehen. Ich freue mich glückwürdige die Flotte zu dieser Auszeichnung ihres Chefs.“ Bald darauf erfolgte vom Bord der Kaiseracht ein zweites Signal, das der Flotte anzeigte, daß der Staatsrat dem Prinzen Albrecht Friedrich III. für bestes Schießen mit allen Gebeuteln bei Schießpreis zuerkannt habe. — Die Fraktion der Deutscherkonservativen im Reichstag trat heute im Reichstagsgebäude zur Berathung der Beschlüsse erster Lesung der Zolltarif-Kommission zusammen. Der Besuch war ungewöhnlich stark. Die Verhandlungen wurden an Stelle des noch immer leidenden angeordneten Dr. v. Levetzow vom Abg. Mettich geleitet. Zunächst wurde nachstehendes Telegramm an v. Levetzow abgehandelt: „Die fast vollzählige Fraktion gedenkt heute ganz besonders in alter Verehrung ihres Chefs und wünscht von Herzen gute und schnelle Genebung.“ Die jährlichen Verathungen der Fraktion sollen durchaus vertrauliche bleiben. Auch die Reichspartei war vertreten, und zwar waren alle Mitglieder der Fraktion bis auf zwei durch Krankheit verhinderte, erschienen. Den Vorort trugte Graf Armin-Wulffau. Abg. v. Nordorff, Kamp, Dr. Arendt und andere berichteten über ihre Thätschen in der Kommission. Die in der Generaldiskussion geäußerten Wünsche auf weitergehenden Schutz der landwirtschaftlichen Interessen wurden als ausichtslos zurückgestellt und das Festhalten an dem Kompromissbeschluß der ersten Sitzung der Kommission einstimmig beschlossen. Am Ubrigen wurde festge stellt, daß die Reichspartei einheitlich für den Gains der nationalen Arbeit in Landwirtschaft und Industrie und für die Solidarität der Interessen beider Produktionszweige einzutreten. Danach wurde der Zolltarif abschnittweise durchvertheilt und diejenigen Positionen festgesetzt, bei denen die Vertreter der Fraktion mit der Kommission eine Aenderung anstreben werden. Es wurde beschlossen, dem Centrumsvantrag auf Verbertheitung der Wittwen- und Waisen-Bertheiterung nur in der Form einer Revolution zugestimmen. — Die Londoner „Morningpost“ lädt sich aus Berlin melden, auch die britische Regierung habe an die Signatär-Mächte des Berliner Vertrags eine Rote hinsichtlich der antisemitischen Gewege gebung in Rumänien gerichtet, die gleich lautend sei mit der amerikanischen Note. Auf Grundlage beider Noten schwabe ein Meinungsauftauch zwischen den Kabinetten der verschiedenen Mächte. Die „Kreuz-Zeitung“ äußert zu der amerikanischen Note: Wir glauben nicht, daß die Note der nordamerikanischen Regierung auf die Vertretermächte den geringsten Eindruck machen wird; man wird sie lediglich als eine Aktion des Präsidenten Roosevelt zur Verbesserung der Chancen seiner Wiederwahl zu betrachten haben. Die europäischen Staaten haben aber nicht die geringste Veranlassung, sich als Wahltreiber benennen zu lassen. — Der frühere Präsident des Überwaltungsrates der Märkte in Berlin, Dr. Paul Maxima, der vor

